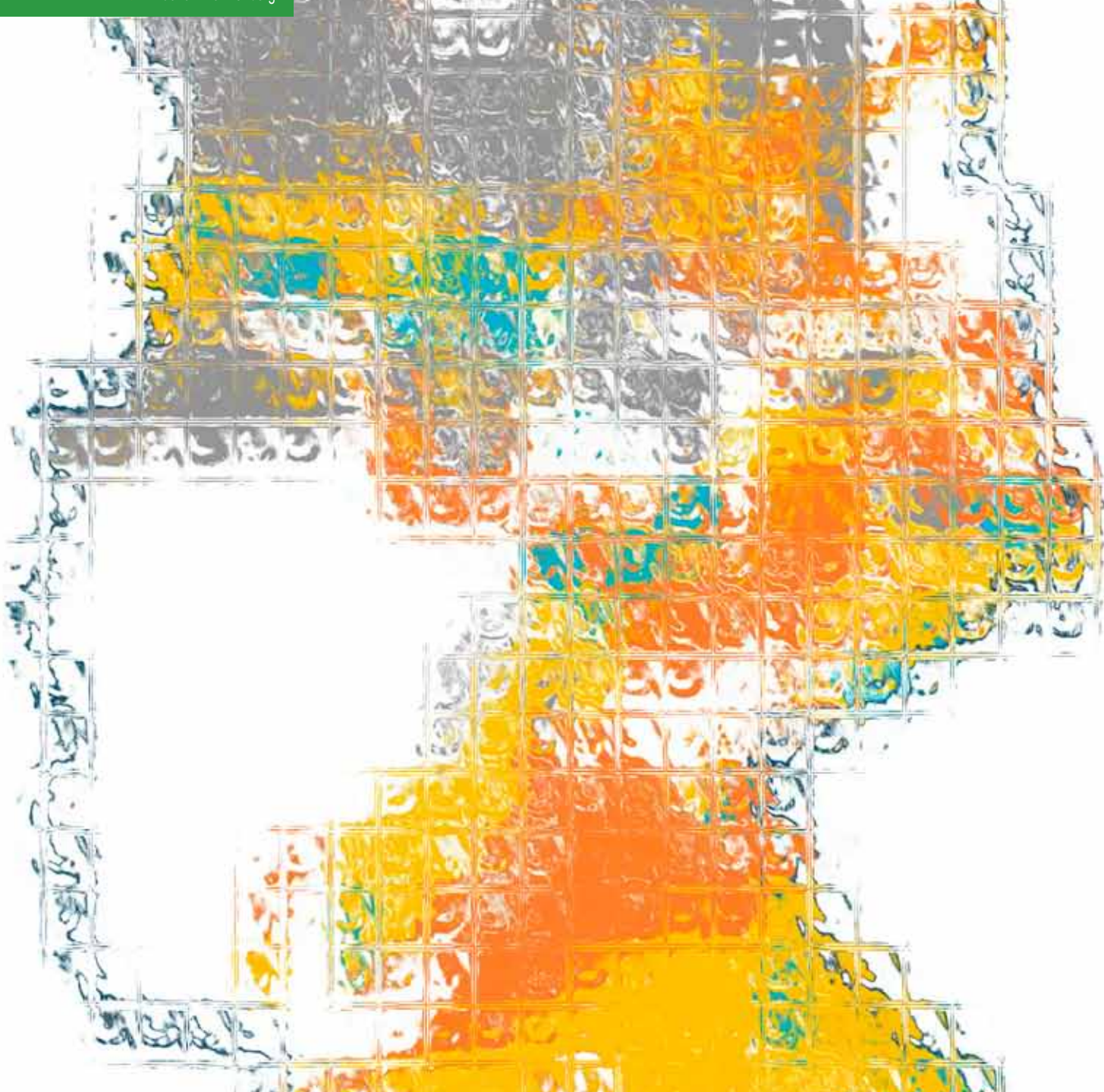




Gorleben Rundschau

Wir sind die Wenden: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

I – III / 2026 • # 1097



Atommüll

Die Suche nach einem Lager für hochradioaktiven Müll schreitet voran – und dauert doch viel länger als geplant. Jetzt gibt es konkrete Pläne zur Beschleunigung. Das ruft Widerstand hervor.

Giftmüll

Deutsche Firmen mischen kräftig mit, wenn es darum geht, problematische Abfallstoffe illegal im Ausland zu verklappen. In Tschechien mischen sich dabei Sondermüll und radioaktive Stoffe.

Politikmüll

Abschlussklärungen ohne die Benennung konkreter Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels hat es schon viele gegeben. Dass dies bei der COP30 wieder so war, ist ein Desaster.



**Wir können nur hoffen,
dass wir den Planeten noch
nicht so irreparabel zerstört
haben, dass es unser
Überleben gefährdet.**

**Aber es sieht so aus, als
hätten wir das geschafft.**

Autor T.C. Boyle

Impressum

48. Jahrgang

Ausgabe 1097

Januar, Februar, März 2026

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Kontakt

Rosenstraße 20
29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet

service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben

Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)

Andreas Conradt
Torsten Koopmann

Ständige Mitarbeiter

Wolfgang Ehmke, Anna Gäde
Wilma Wallat

Produktion

Layout: Andreas Conradt
Korrektur: Wilma Wallat

Weitere Text- und Bildrechte

wie namentlich gekennzeichnet

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de

Hinweis

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Druck

die Umweltdruckerei GmbH, Hannover
Zertifikat: klimaneutral gedruckt



Papier

Circle Offset Premium White
Zertifikat: Blauer Engel

Druckfarbe

Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Martin Donat ist Vorsitzender
der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

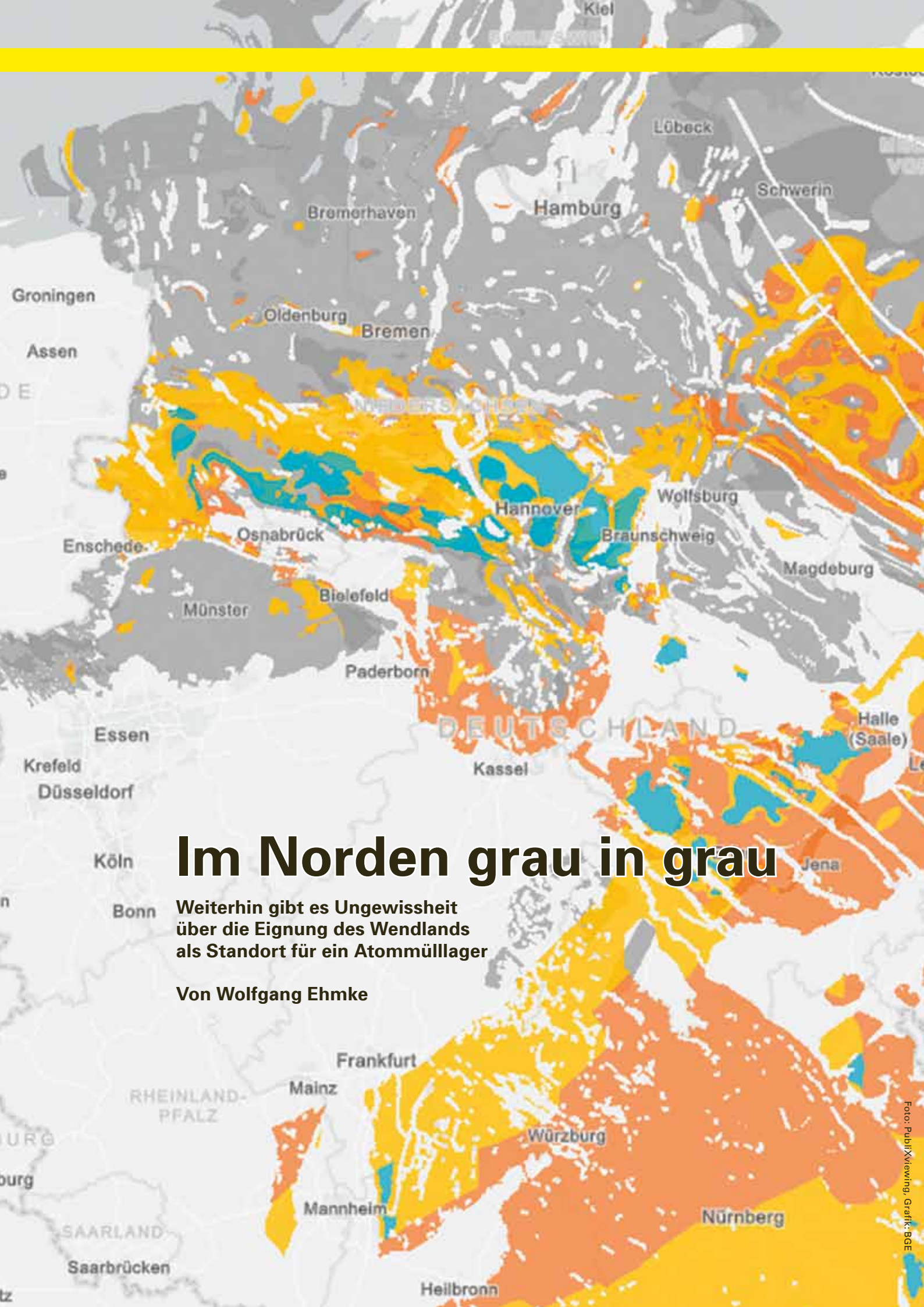
Mein Kollege erzählte heute, dass sein Sohn einen Adventskalender gemacht hatte und er darin morgens den Satz von Antoine de Saint-Exupéry fand, der ihn sehr bewegte: „Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen.“ Dem ließe sich mit Mahatma Gandhi noch hinzufügen: „Die Zukunft basiert auf dem, was wir heute tun.“

Selten schauten Heranwachsende pessimistischer in diese Zukunft, als die jetzigen Generationen Z und Alpha, die in der Corona-Krise in die soziale Isolation gezwungen waren und sich ihre Antworten auf die überkomplexen Probleme dieser Welt oft mühsam und unkommentiert im digitalen Raum zusammenklauben müssen. Während man doch annehmen möchte, dass Klimakatastrophe und Rechtsruck die bedrohlichsten Themen dieser Generationen sein dürften, ist es ausgerechnet die rechtsradikale AfD, der es laut Umfragen angeblich gelingt, mit ihren simplen Antworten und kurzen Wutbürger-Clips die Sorgen eines Teils der jungen Generation abzuholen. Während sich in Gießen achtzig Jahre nach den Trümmern und unfassbaren Verbrechen der faschistischen Diktatur wieder eine völkisch-nationale Jugendorganisation in Deutschland gründet, sind es ausgerechnet die beherzten Gegendemonstrantinnen, die öffentlich kriminalisiert werden.

In einer Zeit, zerrieben zwischen totalitären Autokraten, stellt sich einmal mehr die Frage: Wie geht eigentlich gute Demokratie? Im Demokratieindex 2024 schafft es Deutschland immerhin noch in das Mittelfeld „vollständiger Demokratien“. Die älteste durchgehend existierende Demokratie ist hier als Präsidialsystem nachvollziehbar zur „unvollständigen Demokratie“ herabgesunken.

Neben der unbestrittenen Legitimation von Parlamenten und der parlamentarischen Legitimation von Entscheidungen existiert aber immer dann noch eine Lücke, wenn Menschen temporär oder regional als „marginalisierte“ Minderheiten von Entscheidungen betroffen sind, an denen sie selbst nicht mitwirken konnten oder in denen ihre Belange von einer nicht betroffenen Mehrheit überstimmt wurden. Zwar greifen hier in vielen Fällen die Grundrechte und allgemeinen Menschenrechte, aber bei planerischen Entscheidungen müssen Betroffenen auch Beteiligungs- und Klagerechte geboten werden, wenn ein demokratischer Staat seine Entscheidungen nicht letztlich totalitär gegen die Bevölkerung durchsetzen möchte. Es geht dabei nicht allein um die Legitimation, sondern vor allem um die Qualität von Entscheidungen. Während rechte Influencer auf die diversen Probleme dieser Welt in neuen Medien nur mit kruden Thesen und schlichten Antworten aufwarten können und sich interessengeleitete Konzerne und Protagonisten schamlos dieses linearen Denkens bemächtigen, braucht es in einer bunten, artenreichen, vielfältigen, interessanten und vernetzten Realität viel weitreichendere Fähigkeiten, um lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Dafür sind nicht nur die Konsultation und Beteiligung, sondern auch die Bereitschaft und aktive Mitwirkung einer informierten und gestärkten Zivilgesellschaft unverzichtbar.

Aktuell fordern wir, diese Beteiligung angesichts der epochalen Aufgabe, oberirdische Atommülllager für ein weiteres Jahrhundert verlässlich zu sichern und diese Maßnahmen für Anwohnende glaubwürdig zu machen.



Im Norden grau in grau

Weiterhin gibt es Ungewissheit
über die Eignung des Wendlands
als Standort für ein Atommülllager

Von Wolfgang Ehmke

Es erinnerte ein wenig an die Ziehung der Lottozahlen: Gebannt wurden in den Gebieten, die von der Endlagersuche berührt sind, Anfang November auf den Computer-Bildschirmen die Ausgrenzungsschritte der *Bundesgesellschaft für Endlagerung* (BGE) verfolgt. Ist man noch im Topf oder wurde man aussortiert?

Bewertungen gibt es mittlerweile zu 29 der 90 Teilgebiete. „Die orange und gelb eingefärbten Flächen haben die ersten beiden Prüfschritte der vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen nicht bestanden und sind als Endlagerstandort ungeeignet (orange) oder gering geeignet (gelb)“, so die BGE. Des Weiteren sei ein Wunsch aus der Öffentlichkeit aufgegriffen worden, die verbleibenden Gebiete hinsichtlich des Bearbeitungsfortschritts weiter zu differenzieren. „Die in Türkis dargestellten Gebiete zeigen, wo die ersten beiden Prüfschritte der vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen abgeschlossen sind und die tiefergehende sicherheitsgerichtete Bewertung beginnt.“

► Türkis wenig bekannt

In der Berichterstattung über den neuen Arbeitsstand wird die Aufmerksamkeit allerdings selten auf diese türkis eingefärbten Regionen gelenkt, dabei könnten gerade sie im Jahr 2027 zu dem Favoriten gehören. „Vorrangig in Niedersachsen aber auch in Sachsen-Anhalt, Hessen, Sachsen, Baden-Württemberg und Bayern sind nun erste Areale blau (gemeint ist türkis, *Anm. d. Red.*) markiert“, schreibt immerhin der *Hannoversche Rundblick*. „Das bedeutet, dass die ersten Prüfschritte der sogenannten ‚repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchung‘ in diesen Bereichen weitgehend bestanden worden seien: Es spricht in diesen Bereichen also bislang nichts dagegen, der einst ein Endlager zu errichten. In Niedersachsen trifft das vor allem auf die Region Hannover und den Landkreis Peine zu, aber auch weiter westlich in den Landkreisen Schaumburg, Diepholz, Osnabrück und Emsland finden sich blaue Flächen.“

Tatsächlich zeigt der BGE-Navigator ausgerechnet im Landkreis Peine, dem Sitz der BGE, und bei Salzgitter, wo die Auseinandersetzung um den Schacht KON-

RAD, das geplante Endlager für schwache- und mittelaktive Abfälle, derzeit vor Gericht ausgetragen wird, Gebiete, die nun als aussichtsreich gelten.

„Die [im Navigator] grau hinterlegten Gebiete stehen noch am Anfang des Prüfprozesses, sollen aber bis Mitte 2026 auch die ersten beiden Prüfschritte durchlaufen haben, so dass dann keine grauen Flächen im Bundesgebiet mehr vorhanden sein werden“, heißt es vonseiten der BGE. Dazu gehört auch das Wendland, das auch nach dem Gorleben-Aus vor fünf Jahren noch im Pool potenziell geeigneter geologischer Formationen ist, vor allem mit den Tongebieten.

► Viel Grau im Norden

Überhaupt bleiben auf dem aktuellen BGE-Navigator große Flächen des norddeutschen Raums grau eingefärbt. Die BGE hält immer noch am Teilgebiet 004 fest. Dessen „tertiäres Tongestein“ umfasst 62885 Quadratkilometer, die sich über den ganzen norddeutschen Raum erstrecken und bei einer Überprüfung im Jahr 2021 durch die geologischen Dienste norddeutscher Länder durchweg schlechte Noten bekamen.

Ihre Eignung ist also zum jetzigen Zeitpunkt noch offen, während mit Ausnahme einiger Einsprengsel im süddeutschen Raum, vor allem in Bayern, die bisherigen Teilgebiete aus der weiteren Betrachtung herausfallen. Der Süden Deutschlands ist weitgehend durchanalysiert. Bis Juni 2027 will die BGE nur noch wenige oberirdisch weiter zu erkundende Regionen festgelegt haben.

► Zeitplan vor Transparenz

Das Problem bei diesem Farbspiel: Die Entscheidungen der BGE sind nicht transparent, Daten und Quellen für die Entscheidungen sind für die interessierte Öffentlichkeit nicht nachprüfbar. Die BGE sagt auf Nachfrage dazu: „Mit dem Informationsangebot rund um die Veröffentlichung von Arbeitsständen aus den rvSU (repräsentative vorläufige Sicherheitsuntersuchungen, *Anm. d. Red.*) 2024, 2025, 2026 und auch in 2027 ermöglicht die BGE einen Blick in die Werkstatt, ohne den Meilenstein ‚Übermittlung Stand-

ortregionenvorschlag an das BA-SE‘ zu gefährden. Ein breiteres Informationsangebot der BGE rund um die rvSU-Arbeitsstände hätte zur Folge, dass der Standortregionenvorschlag deutlich später vorliegen würde als Ende 2027. In der Abwägung der Werte – Transparenz in jedem Detail noch nicht fertiger Ergebnisse – und dem Halten des Zeitplans bis 2027, hat sich die BGE entschieden, den Zeitplan zu halten.“

Die politischen Konflikte sind also absehbar – spätestens wenn 2027 die Standortregionen benannt werden: Proteste vor Ort werden sich mit Parteieninteressen und Länderegoismen vermengen, zumal dann der Bundestag wieder am Zuge ist, um den Fortgang der Endlagersuche per Gesetz zu entscheiden.



BI war tätig – und ist enttäuscht Statement von BI-Sprecher Wolfgang Ehmke

Auch wenn die Veröffentlichung des BGE-Zwischenstands an die Ziehung der Lottozahlen erinnerte, gehört zum kompletten Bild, dass wir unsere Kreuze gemacht hatten. Die BI hatte – wie schon im Jahr 2020 vor dem ersten BGE-Zwischenbericht und damals noch in Sachen Salzstock Gorleben – wiederum alle geowissenschaftlichen Argumente zusammengestellt.

Konkret: Wir hatten die Erwartung, dass unsere fachliche Expertise – Anfragen, Hinweise auf wissenschaftliche Aufsätze und Forschungsergebnisse – zu den Tongebieten und den Auswirkungen kommender Kaltzeiten auf den Untergrund Berücksichtigung finden. Denn wir hätten uns in unserer Arbeit ab sofort lieber nur auf die Probleme der verlängerten Zwischenlagerung konzentriert, müssen nun aber auch bei der Endlagersuche durchstarten und am Ball bleiben.



Vor der Hacke ist es duster

Soll die Endlagersuche beschleunigt werden?

Wohl niemand hätte etwas gegen die Beschleunigung der Suche nach einem Atommüll-Endlager einzuwenden – wenn damit nicht die Gefahr einhergehen würde, Eile vor Sorgfalt zu stellen. Eine Analyse der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Bis zum Jahr 2031 muss Deutschland einen Platz für sein Atommüllendlager finden. So steht es im Standortauswahlgesetz (StandAG), das 2013 vom Bundestag beschlossen und nach einer Überarbeitung durch die sogenannte *Endlagerkommission* 2017 novelliert wurde. Das Gesetz ist die Basis für die Arbeit der *Bundesgesellschaft für Endlagersuche* (BGE).

Ein zunächst unter Verschluss gehaltenes Papier hatte schon 2024 gezeigt, dass die Suche wohl viel länger als bis 2031 dauern wird – möglicherweise bis in die 2070er-Jahre. Die Behörden reagierten zunächst mit Schulterzucken. Doch jetzt kommt Bewegung in die Sache. Allerdings in eine Richtung, die nicht bei allen Akteuren gut ankommt.

Zentrales Thema des vierten Endlagerforums, das erneut stark von

Behördenleuten dominiert wurde, war die Debatte um die Beschleunigung der Endlagersuche. Schließlich können die Probleme der oberirdischen Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle für weitere Jahrzehnte nicht mehr ignoriert werden.

► Jahreszahl gestrichen

Der Ministeriumsvertreter Dr. Lars Beyer erläuterte, wie das Suchverfahren für die Lagerung hochradioaktiver Abfälle aus Sicht des *Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit* (BMUKN) deutlich verkürzt werden könnte, ohne dass Beteiligungsrechte der betroffenen Regionen tangiert würden. Eine zeitliche Vorgabe für die Benennung des potenziellen Standorts will das BMUKN nicht

mehr nennen und die Zahl 2031 aus dem Gesetz streichen, weil sich das Datum längst als unrealistisch erwiesen hat. Das solle aber nicht als Open End der Endlagersuche und Entscheidungsprozesse missverstanden werden, so Dr. Beyer.

Der Fahrplan: Bereits im Juni 2026 will die BGE ausnahmslos alle noch offenen Gebiete in der Bundesrepublik bewertet haben. Sie sind im BGE-Navigator heute als graue Flächen dargestellt. Danach geht die BGE sozusagen in Klausur und will bis Ende 2027 einige potenziell geeignete Regionen herausgefiltert haben, die zunächst oberirdisch erkundet werden müssen. Der Weg bisher sieht laut Gesetz so aus: Die Vorschläge werden dem *Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung* (BASE), der Aufsichtsbehörde, zur Prüfung übermittelt. Danach muss der Bundestag sie per Gesetz festlegen.

Die Beschleunigung der Endlagersuche könnte vor allem durch die Zusammenlegung der nächsten Ausgrenzungs- und Untersuchungsschritte erreicht werden, meinte Dr. Beyer in seinem Vortrag. Die verbliebenen Standortregionen würden dann nicht nur oberirdisch, sondern auch unterirdisch erkundet werden. Neue Erkundungsmethoden könnten zudem dazu führen, dass auf Erkundungsbergwerke wie in Gorleben verzichtet werden kann – zwischen 10 und 20 Jahren könne der Zeitgewinn liegen, so die vorsichtige Schätzung.

► BI mahnt: Sorgfalt vor Eile

Aus Sicht der *Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg* (BI) wäre diese Art der Beschleunigung ein Schritt, der das wissenschaftsbasierte Suchverfahren gefährden kann, weil so parteipolitische und Länderinteressen durchschlagen würden: „Was wird aus dem Grundsatz ‚Sorgfalt vor Eile‘, was wird aus der Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Endlagersuche, und gibt es Abstriche beim vergleichenden wissenschaftsbasierten Suchverfahren der BGE?“

Niemals, so die BI, dürfe die notwendige Sorgfalt bei der Endlagersuche gegen die Probleme der Zwischenlagerung ausgespielt werden. Diese oberirdischen Lagerstätten müssten ohnehin si-

cherer gemacht werden, Anti-Atom-Initiativen haben dazu erst kürzlich einen umfangreichen Fordekatalog vorgelegt.

Die BI aus dem Wendland war gebeten, beim *Endlagerforum* die Eckpunkte zu kommentieren. Sprecher Wolfgang Ehmke mahnte eingangs an, eine weitere reichende Optimierung des StandAG in Betracht zu ziehen. Das Suchverfahren müsse auf die gleichwertige Betrachtung aller Arten von Atommüll ausgeweitet werden, um nicht noch mehr Zeit zu verlieren. Schon jetzt müsse die BGE den Flächenbedarf für schwach- und mittelaktive Abfälle mitdenken. „Wenn nicht eindeutig geklärt ist, welches Abfallvolumen am Ende eingelagert werden muss, bleiben im Suchverfahren zu viele Ungewissheiten.“ Auch ohne die Abfälle, die im Schacht KONRAD gelagert werden sollten – aus Sicht der BI ist das völlig ungewiss und die Inbetriebnahme des Schacht KONRAD auch nicht vertretbar –, erhöhe sich das Abfallvolumen derart, dass von einer Doppeldeponie ausgegangen werden müsse, sowohl für hochradioaktive als auch für schwach- und mittelaktive Abfälle.

► Atomausstieg ist Grundlage

Ehmke verwies zudem auf den parteienübergreifenden Grundkonsens, der einst der Verabschiedung des StandAG zugrunde lag, nämlich der Atomausstieg, der immer wieder, auch innerhalb der Regierungskoalition, in Frage gestellt wird: „Wir würden sonst gar nicht in Hannover im Saal des Kongresszentrums diskutieren, sondern draußen protestieren.“

Ob eine Straffung des Suchverfahrens ohne die Einschränkung von Einspruchsmöglichkeiten und Klagerechten der Zivilgesellschaft möglich ist, schien einer Vielzahl von Debattierenden zweifelhaft, das zeigten die Beiträge. Wolfgang Ehmke hinterfragte vor allem den angestrebten Verzicht auf Erkundungsbergwerke, die bisher für Salzstöcke wegen ihrer komplizierten Innenstruktur als unabdinglich angesehen wurden: „Jahrzehntelang wurde uns erklärt, welche vorteilhaften Eigenschaften Salzstöcke als Endlagermedium haben und dass es ohne ein Erkundungsbergwerk wie in Gorleben nicht



Rotlicht für die Erkundung von Salzstöcken?

Wirtsgestein Salz

Steinsalz in steiler Lage bezeichnet eine bestimmte Form der Steinsalzlagerung, bei der das Salz in einem Salzstock nach oben aufgestiegen ist und das umgebende Deckgebirge durchbrochen hat. Diese Anordnung ist eine von mehreren Formen der Ablagerung von Steinsalz, das sich durch Verdunstung aus Meerwasser in der geologischen Vergangenheit gebildet hat.

Steinsalz verfügt über eine Reihe von Eigenschaften, die es aus sicherheitstechnischer Sicht zu einem potenziellen Wirtsgestein für ein Atom-mülllager machen. Es besitzt eine hohe spezifische Wärmeleitfähigkeit. Die Wärme, die hochradioaktive Abfälle erzeugen (Nachzerfallswärme), kann so schneller abgeleitet werden, was sich vorteilhaft auf den Flächenbedarf eines Einlagerungsbereiches und dessen Temperaturauslegung auswirkt.

Unter Druckbelastung zeigt Steinsalz ein plastisches bis viskoses Verhalten. Zusammenhängende Risse können nicht dauerhaft bestehen, da es zur sogenannten Ausheilung der Risse durch ein Kriechen des Steinsalzes kommt. Steinsalz ist hydraulisch praktisch undurchlässig und hat eine hohe Eigenstabilität.

Dem gegenüber stehen Eigenschaften, die als ungünstig bis weniger günstig bezogen auf eine Wirtsgesteinseignung gelten. Steinsalz hat eine sehr hohe Wasserlöslichkeit in ungesättigten Salzlösungen. Und es hat ein geringes Rückhaltevermögen gegenüber den langzeitrelevanten Radionukliden, was sich in einer niedrigen Sorptionsfähigkeit ausdrückt.



Potenzielles Wirtsgestein Salz

ginge. ‚Vor der Hacke ist es duster‘ – dieser Satz hat sich uns eingepägt. Der Verzicht auf Erkundungsbergwerke wäre eine Wende um 180 Grad.“

► Beschleunigungsschachzug

Die Vermutung liege nahe, dass es im fortschreitenden Verfahren zu einer Priorisierung der Endlagergesteine kommt: Rutscht Salz in steiler Lage ans Ende der Vorschlagsliste, dann könnte auf eine aufwendige Erkundung durch ein Bergwerk verzichtet werden. Einen entsprechenden Vorschlag hatte die *Entsorgungskommission* (ESK), das ministerielle Beratergremium, bereits vor einem Jahr unterbreitet, und es ist bezeichnenderweise diese ESK, die in Kürze zu den Plänen für die neuerliche Novelle des StandAG Stellung nehmen soll. Die BI sieht darin einen „Beschleunigungsschachzug“.

„Jetzt wird die Erkundung von Salzstöcken durch ein Erkundungsbergwerk nur noch als optional angesehen“, moniert Wolfgang Ehmke.

► Aufweichung von Kriterien?

Die Entsorgungskommission hatte nämlich schon im Oktober 2024 unter dem sperrigen Titel „Standortauswahlverfahren für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle: Beschleunigungspotenziale und strategische Vorgehensweise bei der Identifikation von Standortregionen (Phase I der Standortauswahl)“ folgende Empfehlungen veröffentlicht:

„Die Vorhabenträgerin sollte sich bei der Erstellung einer wirtsgesteinstypübergreifenden Rangfolge auf möglichst wenige Standortregionen beschränken, für die eine begründete starke Aussicht besteht, dass in ihnen später der Standort mit bestmöglicher Sicherheit gefunden werden kann. Nur diese sollten für die weitere Erkundung vorgeschlagen werden. Es ist davon auszugehen, dass eine Rangfolge mit deutlich weniger als zehn Standortregionen einen Standort mit bestmöglicher Sicherheit enthält.“

Bei der Erstellung der o. g. Rangfolge der aussichtsreichsten Standortregionen sind Ungewissheiten und Verfahrensrisiken zu minimieren. Dies bedeutet u. a., dass von Spekulationen auf spätere technische Entwicklungen oder auf möglicherweise positive Erkundungsergebnisse mittels Erkundungsbergwerken abgesehen wird. Vielmehr sollte auf Regionen fokussiert werden, deren Erfolgschancen aufgrund der bereits bestehenden Datenlage als besonders hoch eingeschätzt werden. Diese können zügig durch Erkundungen mittels Seismik und Bohrungen unter Verzicht auf aufwendige Erkundungsbergwerke weiter abgesichert und bestätigt werden. Dies betreffe Tongesteine und Salz in flacher Lagerung. Salzgesteine in steiler Lagerung bedingen einen deutlich höheren Erkundungsaufwand

Für Endlager in Kristallingesteinen ist es aufgrund der geringen Erkundbarkeit von Wasserweg-

samkeiten im Wirtsgestein nach Auffassung der ESK wenig aussichtsreich, ein Endlagersystem vom Typ 1 (mit ewG) umzusetzen. Selbst in einem „perfekten“ Gesteinskörper kann die Bildung von Wasserwegsamkeiten nicht ausgeschlossen werden. Diese Option sollte daher für die weiteren Betrachtungen ausgeschlossen werden.“

Der BI-Sprecher erinnerte deshalb an die schlechte Praxis der Gefälligkeitsgutachten und forderte das BMUKN auf, sich nicht von der ESK und deren Linie auch noch bestätigen zu lassen. „Es ist sehr durchsichtig, dass Salz in steiler Lagerung und Kristallin absehbar aussortiert werden könnten, nur um Zeit zu sparen.“

► Müll muss sowieso unter Tage

Dr. Lars Beyer verwies darauf, dass im bisherigen Entwurfspapier Erkundungsbergwerke nicht vollständig getilgt, sondern als optional dargestellt wurden. Das rief Heidi Schell vom BUND Thüringen auf den Plan. Ihre Replik: „Ein Erkundungsbergwerk nur noch optional errichten zu wollen, ignoriert, dass der Müll am Ende auf jeden Fall untertage gebracht werden muss. Das Umweltministerium muss Antworten liefern, ob mit seinem Vorgehen in der Gesamtbetrachtung der Endlagerfrage – also von der Suche, über den Bau des Endlagers bis zur Einlagerung – wirklich Zeit gewonnen wird, ohne Sicherheit einzubüßen. Denn ein Bergwerk wird am Ende sowieso gebraucht.“

Glossar Endlagersuche

Seit Herbst 2017 läuft das neue **Suchverfahren für ein Lager für hochradioaktive Abfälle**. Die letzten deutschen Atomkraftwerke sind 2023 vom Netz gegangen. Bis dahin waren 30 000 Kubikmeter strahlender Abfall angefallen, für die ein Lager benötigt wird. Das Auswahlverfahren wurde von der Atommüll-Kommission (2014-2016) vorbereitet und durch das 2017 überarbeitete Standortauswahlgesetz vom Bundestag verabschiedet. Dabei wird schrittweise eine Eingrenzung von Regionen vorgenommen, die für ein Atommüll-Lager in Frage kommen. Welche Schritte genau festgelegt wurden und an welchem Punkt das Verfahren aktuell steht, wie die Öffentlichkeitsbeteiligung dazu aussieht und welche Punkte kritisch zu bewerten sind, wird auf einer Website des BUND dargestellt: www.atommuell-lager-suche.de

StandAG

Standortauswahlgesetz (StandAG) – Gesetz zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle. Das StandAG verwendet für das Auswahlverfahren drei unterschiedliche Begriffe: Dabei stehen > Gebiete > Regionen > Orte für ein räumlich einengendes Auswahlverfahren.

Teilgebiete – für den ersten Schritt, für die Endlagerung ungeeignete und geeignete Gebiete zu identifizieren (§13 StandAG)

Standortregionen – für den zweiten Schritt, in den Teilgebieten einzelne kleinere Räume übertägig zu erkunden (§15)

Standorte – die untertägig erkundet werden sollen (§16)

Kriterien | Anforderungen | Bestimmungen | Untersuchungen

Sicherheitsuntersuchungen – Auf der Grundlage der Erkundungsergebnisse macht die ►BGE in jeder der drei Phasen der Endlagersuche vorläufige Sicherheitsuntersuchungen und wendet die Anforderungen und Kriterien auf die zu untersuchenden ►Teilgebiete, ►Standortregionen bzw. ►Standorte an

Ausschlusskriterien – Gebiete, die großräumigen Vertikalbewegungen und Einflüssen aus gegenwärtiger oder früherer bergbaulicher Tätigkeit unterliegen oder Regionen mit aktiven Störungszonen, seismischer oder vulkanischer Aktivität oder in denen junges Grundwasser vorkommen, werden ausgeschlossen

Mindestanforderungen – Damit Regionen als Standort für die Lagerung des hoch radioaktiven Abfalls in Frage kommen können, müssen folgende Mindestanforderungen gelten: Die Gebirgsdurchlässigkeit muss gering sein, dies soll gewährleisten, dass kein Wasser eindringt. Die Mächtigkeit des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs muss mindestens 100 Meter betragen. Die minimale Teufe des einschlusswirksamen Gebirgsbereichs muss mindestens 300 Meter unter der Erde liegen. Die Fläche muss ausreichend groß für ein Endlager sein. Und schließlich muss die Barrierewirkung erhalten sein

Abwägungskriterien – Die Abwägungskriterien beziehen sich zum einen auf geowissenschaftliche und zum anderen auf planungswissenschaftliche Kriterien. Anhand der geowissenschaftlichen Kriterien sollen die Standorte vergleichend beurteilt und festgestellt werden, ob eine geologisch günstige Gesamtsituation für ein Atommüll-Lager vorliegt. Bei den planungswissenschaftlichen Kriterien werden Faktoren wie Abstand zur Wohnbebauung, Emissionen, Überschwemmungsgebiete, Kulturgüter oder Bodenschätze einbezogen

Behörden | Kommissionen | Institutionen

BASE – Im **Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung** werden alle behördlichen Aufgaben gebündelt, die mit dem Ausstieg aus der Kernenergie zu tun haben.

BGE – Die **Bundesgesellschaft für Endlagerung** ist designierter Vorhabenträger und Betreiber von Endlagern für radioaktive Abfälle. Sie gehört zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums. Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde ist das ►BASE.

BMUKN – Das **Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Klimaschutz und nukleare Sicherheit** ist eine oberste Bundesbehörde. Sein Hauptsitz befindet sich in Bonn, sein zweiter Dienstsitz in Berlin.

Endlagerforum – Als ein zentraler Ort der Öffentlichkeitsbeteiligung bietet das **Forum Endlagersuche** aktuelle Fachdiskurse, den Austausch von Perspektiven, Raum für Fragen, Diskussionen und Vernetzung.

Endlagerkommission – Die Kommission „Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ war eine deutsche Bund-Länder-Kommission von 2014 bis 2016, die Empfehlungen zur Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe abgegeben hat. Ihre Aufgabe war es, das Standortauswahlverfahren vorzubereiten.

NaPro – Das **Nationale Entsorgungsprogramm** beschreibt die Strategie der Bundesregierung, wie radioaktive Abfälle in Deutschland verantwortungsvoll und sicher entsorgt werden sollen. Das Programm hat keine Rechtsnormqualität. Es ist aber bei allen Entsorgungsplanungen und Verwaltungsverfahren von den Akteuren im Bereich der nuklearen Entsorgung zu berücksichtigen.

NBG – Das **Nationale Begleitgremium** ist ein unabhängiges, pluralistisch zusammengesetztes gesellschaftliches Gremium, das die Endlagersuche vermittelnd begleiten soll.

Unverändert mangelhaft

Das Bundesumweltministerium hat den Entwurf zum verpflichtenden Nationalen Entsorgungsprogramm vorgelegt. Nach Analyse urteilt die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg: Keine Verbesserung!

Wie geht Deutschland

mit dem Atommüll um? Alle zehn Jahre muss das Bundesumweltministerium diese Frage beantworten und gegenüber der EU einen Bericht zum *Nationalen Entsorgungsprogramm* (NaPro) vorlegen. Die *Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg* (BI) hatte sich die Mühe gemacht, die Kernaussagen des NaPro 2015 mit denen für das Jahr 2025 nebeneinander zu legen, um zu sehen, ob das Bundesumweltministerium verantwortungsvoll und vorausschauend die Probleme der Atommüllentsorgung in den letzten zehn Jahren „gelöst“ hat. Ergebnis: Es gibt keine Fortschritte bei der Atommüllentsorgung, es gibt nur mehr Klarheit bezüglich der zu leistenden Aufgaben. „Der richtige Titel des Programms wäre: ‚Das Atommüllfiasco. Ein Zwischenbericht‘“, so die BI. Anfang Oktober wurden die Stellungnahmen von Umweltverbänden und Einzelpersonen diskutiert. Dass in dem Bericht irgendeine der Anregungen des BUND oder der BI aufgegriffen wurde, war dabei nicht zu erkennen. Das war auch nicht zu erwarten. Es gab kein „Danke für den Hinweis, das werden wir noch einmal bereden“ geschweige denn ein „Danke, das werden wir berücksichtigen“.

► Zwischenlagerung

Tatsächlich wurde im neuen NaPro-Entwurf eingeräumt, dass „eine Räumung der Lager“ im Be-

richtszeitraum bis 2025 nicht mehr umgesetzt werden kann.

Die Vorkehrungen für eine sichere Zwischenlagerung müssten aus Sicht der BI für weitere mindestens 100 Jahre getroffen werden. Und die Transportierbarkeit der Behälter am Ende der Langzeitlagerung wäre zu gewährleisten. Aber auch der Vorschlag der BI, dass dazu neue Testserien, unter anderem mit Echttests der Behälter, vonnöten wären, hat es nicht in die NaPro-Agenda geschafft. Das von der *Entsorgungskommission* (ESK) angemahnte Regelwerk zum einheitlichen Umgang mit der Langzeitlagerung der hoch radioaktiven Abfälle gibt es bisher nicht. Im NaPro fehlt auch der Hinweis darauf, dass an den Standorten der Langzeitlager ein Platz vorgehalten werden muss, um gegebenenfalls eine „heiße Zelle“ für Reparaturen zu errichten.

► Endlagerung

Im neuen NaPro steht, es sollen „drei Endlager errichtet werden: Das Endlager KONRAD für radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung, ein Endlager für hochradioaktive Abfälle und ein weiteres Endlager für die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle, die nicht im Endlager Konrad endgelagert werden können.“

Das Ministerium ignoriert dabei, dass es erhebliche Zweifel an der Inbetriebnahme des Schacht KONRAD gibt und weist keine Al-

ternative aus. Der Schacht KONRAD sei „planfestgestellt“ heißt es lapidar. Dass eine – aus Sicht der BI aussichtsreiche – Klage dazu anhängig ist, mochte man offenbar nicht ins NaPro aufnehmen.

In der Stellungnahme des Ministeriums zur Einwendung der BI wurde zudem bestritten, dass die zu bergenden Abfälle aus der havarierten Asse II wegen des Versatzes mit Salzgrus vermutlich in Salzgestein gelagert werden müssten. Derzeit ist jedoch völlig ungeklärt, ob die hochradioaktiven Abfälle am Ende tatsächlich in Salz gelagert werden sollen. Der Trend jedenfalls weist erkennbar in Richtung Ton als Wirtsgestein.

„Unsere Forderung, dass das laufende Suchverfahren für die Lagerung hoch radioaktiver Abfälle für alle Abfallsorten genutzt wird, um keine weitere Zeit zu verlieren, und dass dabei die Besonderheiten der Gasentwicklung, der Brennbarkeit und der Chemotoxizität der schwach- und mittelaktiven Abfälle ständig mitgedacht werden müssen, wird sich schon noch durchsetzen“, ahnt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Quellen
BMUKN, ESK



Das NaPro Offizielle Beschreibung des Ministeriums

Das Nationale Entsorgungsprogramm NaPro verfolgt das Ziel, Anlagen in tiefen geologischen Formationen zur sicheren Endlagerung aller Arten radioaktiver Abfälle einzurichten und bis zur Verfügbarkeit der Endlageroptionen die Zwischenlagerung der radioaktiven Abfälle gemäß Atomgesetz (AtG) sicherzustellen. Diese Planung wird durch verschiedene Eckpunkte gekennzeichnet:

So hat die Entsorgung von radioaktiven Abfällen grundsätzlich im Inland und in nationaler Verantwortung zu erfolgen.

Mit der ersten Teilgenehmigung für das Endlager für hochradioaktive Abfälle soll am Standort auch ein Eingangslager sowie eine Konditionierungseinrichtung für bestrahlte Brennelemente und Abfälle aus der Wiederaufarbeitung genehmigt werden. Dadurch wird die Voraussetzung für den Beginn der Räumung der bestehenden Brennelemente-Zwischenlager geschaffen werden.

Die bestrahlten Brennelemente und die Abfälle aus der Wiederaufarbeitung sollen bis zur endgültigen Entsorgung an den vorhandenen Zwischenlagerstandorten aufbewahrt werden.

Die Einlagerung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen in das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben ist beendet. Das Endlager soll stillgelegt und langfristig sicher verschlossen werden.

In der Schachanlage Asse II wurden schwach- und mittelradioaktive Abfälle eingelagert. Diese sollen geborgen, konditioniert und bis zur Endlagerung zwischengelagert werden.

Natürlich vorkommende radioaktive Stoffe (Naturally Occurring Radioactive Material – NORM) werden in Deutschland grundsätzlich nicht als radioaktiver Abfall betrachtet.

Festgeschrieben ist auch,
dass drei Endlager errichtet werden sollen:

► Endlager für hochradioaktive Abfälle

Der Standort für das Endlager für hochradioaktive Abfälle soll bis Mitte des Jahrhunderts festgelegt werden. Nach der Festlegung des Standorts soll das Endlager für hochradioaktive Abfälle sowie ein Eingangslager für die Transport- und Lagerbehälter und eine Konditionierungsanlage errichtet werden.

► Endlager für schwach- und mitterradioaktive Abfälle

Im Rahmen des Standortauswahlverfahrens für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle wird auch bewertet, ob an dessen Standort auch ein Endlager für die aus der Schachanlage Asse II rückgeholten Abfälle und weitere Abfälle, die nicht im Schacht KONRAD endgelagert werden können, errichtet werden kann. Dazu gehören auch das abgereicherte Uran aus der Urananreicherung (Urantails), sollte eine weitere Verwertung nicht erfolgen.

► Endlager KONRAD

Zu Beginn der 2030er Jahre soll die Einlagerung von bis zu 303 000 Kubikmetern radioaktiver Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung in das Endlager Konrad beginnen. Die Dauer des Einlagerungsbetriebs für das planfestgestellte Abfallvolumen soll einen Zeitraum von 40 Jahren nicht überschreiten.

Der Rückbau aller Leistungsreaktoren für die eine Abbauverpflichtung besteht, sowie anderer kerntechnischer Anlagen und Einrichtungen, die im Betrachtungszeitraum außer Betrieb gehen, soll so rechtzeitig erfolgen, dass die dabei entstehenden radioaktiven Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung in das Endlager Konrad eingelagert werden können.



Reden ist Silber, Schweigen bringt Geld

Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle sollte ursprünglich 2031 beendet sein. In den Jahren danach sollte das gefundene Lager die in den 16 deutschen Zwischenlagern untergebrachten Abfallbehälter aufnehmen. Inzwischen ist bekannt, dass sich die Suche um Jahrzehnte verlängern wird – selbst dann, wenn eine angedachte Beschleunigung des Verfahrens umgesetzt wird. Die bestehenden sechzehn Zwischenlager für hochradioaktiven Müll in Deutschland bleiben also nicht nur ein paar Jahre länger in Betrieb, sondern über die Jahrhundertwende hinaus, selbst wenn die Endlagersuche schneller von statten gehen sollte.

► Echte Beteiligung gefordert

Auf dem 4. *Endlagerforum*, das Ende November in Hannover tagte, wurde unter großem Beifall ein Appell an das Bundesumweltministerium verabschiedet, einen

bundesweiten Beteiligungsprozess zu starten, an dem die Vertreterinnen und Vertreter der Zwischenlagerkommunen sowie die Standortinitiativen mitwirken können.

Explizit gerügt wird darin der sogenannte Dialogprozess des *Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung* (BASE), der über bloße Information nicht hinauskommt. Zu einem Kick-off zu diesem Thema, zu dem das *Nationale Begleitgremium* (NBG) nach Berlin eingeladen hatte, erschienen weder das BASE noch die Zwischenlagerbetreiberfirma BGZ.

In dem Appell, der in Hannover vom ASKETA-Vorsitzenden und Bürgermeister der Gemeinde Niederaichbach, Josef Klaus, sowie dem BUND, Wolfgang Ehmke von der *Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg* (BI) und dem Vertreter des *Nationalen Begleitgremiums*, Arnjo Sittig unterstützt wurde, heißt es: „In einer Demokratie darf es nicht sein,

dass Probleme und zentrale Fragen zur Zwischenlagerung ohne klare politische Antwort bleiben. Was fehlt, ist ein vertrauenswürdiger Zeitplan. Währenddessen laufen die Genehmigungen für die Zwischenlager aus. In Gorleben hat schon das neue Genehmigungsverfahren begonnen, obwohl konzeptionelle Grundlagen fehlen: Es gibt weder ein fertiges Regelwerk noch ein Gesamtkonzept oder einen verbindlichen Zeitplan. Auch das *Nationale Entsorgungsprogramm* liefert hierzu keine Antworten.“

► Weitere 100 Jahre

Unterdessen scheinen bereits stattgefundene Formate zur Bürgerbeteiligung in Sachen verlängerter Zwischenlagerung die Vorwürfe aus dem Endlagerforum zu bestätigen:

Auf Augenhöhe wollte die bundeseigene *Gesellschaft für Zwischenlagerung* (BGZ) Anfang November in Hitzacker die interes-



Atommüll-Zwischenlager in Ahaus

sierte Öffentlichkeit in ihrer Dialog- und Informationsveranstaltung zur verlängerten Zwischenlagerung abholen und beteiligen, so äußerte sich die BGZ im Vorfeld der Veranstaltung.

2034 läuft die Genehmigung des Zwischenlagers in Gorleben bekanntlich aus, die BI hat mit Blick auf weitere 100 Jahre Lagerzeit der hochradioaktiven Abfälle wiederholt Forderungen an den Betreiber des Zwischenlagers gerichtet, um ein Mehr an Sicherheit zu implementieren, zuletzt im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung, die dem Verlängerungsantrag vorgeschaltet ist. Das BGZ-Beteiligungskonzept und der zeitliche Rahmen von weiteren Austauschrunden selbst stand allerdings schon längst fest und war offenbar auch nicht mehr verhandelbar – das wurde in der Veranstaltung klar.

Der Sinn und Zweck von Beteiligung, also die Frage der BI nach dem Beteiligungsgegenstand, wurde zwar in der Richtung beant-

wortet, dass man über alles reden könne. Ergebnisse der BGZ-Dialogrunden wären allerdings erst zu einem Zeitpunkt vorgesehen, wenn alle notwendigen Anträge der Verlängerung seitens der BGZ längst gestellt sein werden.

► Veranstaltung verlassen

Als mit dem Eingangsreferat eines BGZ-Mitarbeiters deutlich wurde, dass alle wesentlichen Entscheidungen überhaupt nicht bei der BGZ liegen könnten und alle längst ausformulierten Sicherheitsforderungen der kritischen Öffentlichkeit und verschiedener Gremien nicht behandelt werden sollten, verließ nahezu die Hälfte der Anwesenden die Veranstaltung.

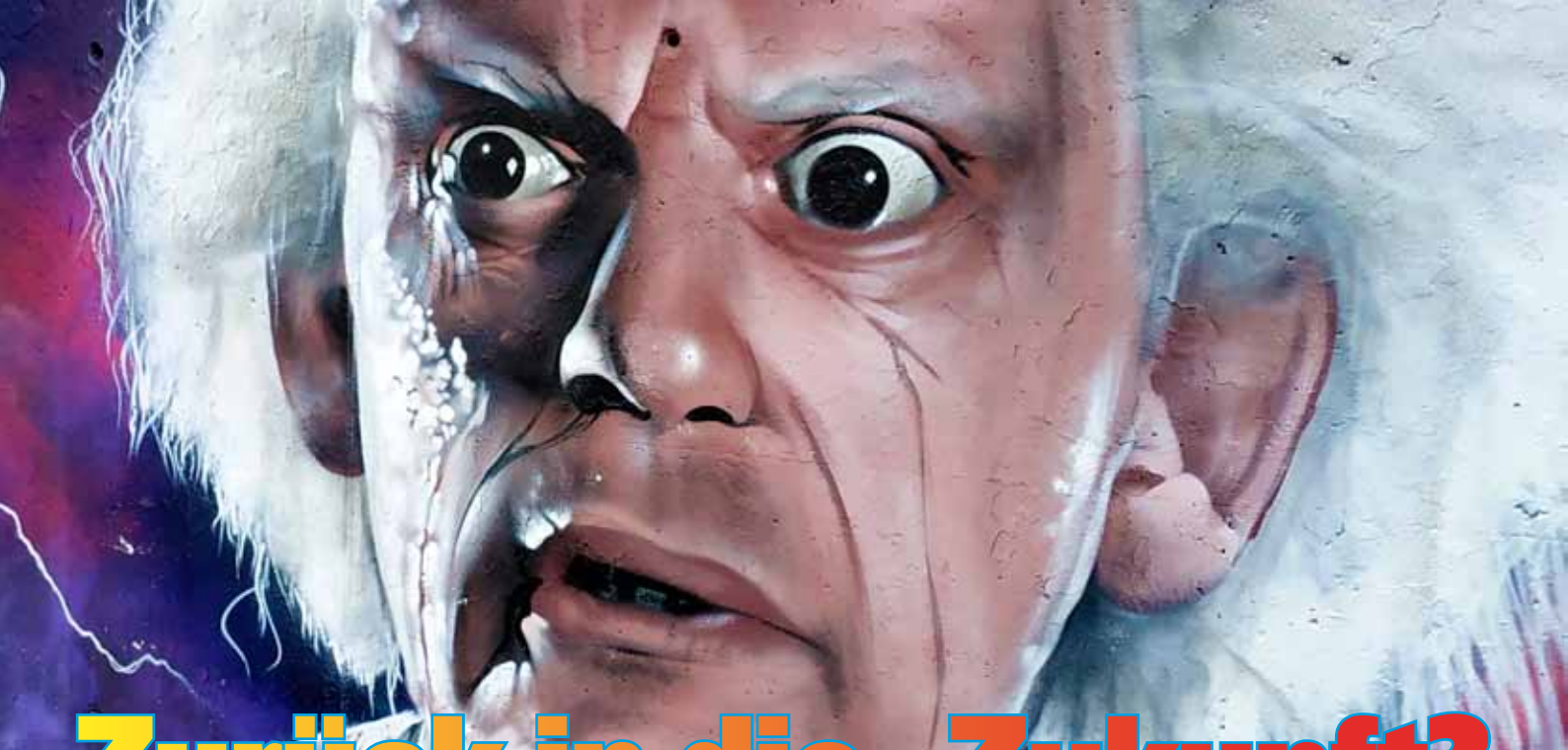
Im Foyer wurde diese relevante Gruppe noch einmal von einem Moderator abgefangen und mit diesem vereinbart, im Saal kurz und prägnant vorzutragen, warum die Veranstaltung verlassen wurde und was die konkreten For-



Protest in Hitzacker

derungen für eine weitere Zusammenarbeit wären. Diesen konstruktiven Vorschlag ließ die Hauptmoderation dann allerdings nicht mehr zu.

„Schade“, resümiert der BI-Vorsitzende Martin Donat, „hier wurde eine reale Chance zur sachlichen Zusammenarbeit vertan. Man sollte sich erst einmal über die Streitpunkte in der Zwischenlagerung und den Inhalt von Beteiligung verständigen, um dann gemeinsam ein Verfahren auszuhandeln“. Einzig positiv an



Zurück in die-Zukunft?

Ein fassungsloser Kommentar von Andreas Conradt

Rund ein Jahr ist seit der letzten Bundestagswahl vergangen. Deutschland hat seitdem ein gutes Stück Weg zurückgelegt – im Rückwärtsgang. Durch eine auf vielen Ebenen rückwärtsgewandte Sicht auf die Zukunft – welch ein Paradoxon! – wird die Energiewende nicht durch äußere Zwänge bedroht, sondern durch politische Entscheidungen, die sie Stück für Stück aushöhlen. Was als „Realitätscheck“ verkauft wird, entpuppt sich als ideologischer Schwenk zurück zu fossiler Bequemlichkeit – und genau das wird Deutschland teuer zu stehen kommen.

Denn statt die Energiewende an veränderte Bedingungen anzupassen, verengt die Bundesregierung ihre Energiepolitik auf kurzfristige Kostenargumente und vermeintliche Versorgungsengpässe. Die Rücknahme von Förderprogrammen, die Verschärfung von Auflagen und das politische Signal, dass der Ausbau Erneuerbarer nicht länger Priorität hat, wirken wie ein politischer Kälteschock. Die Botschaft ist unmissverständlich: Die Zukunft darf warten – die Vergangenheit drängt vor.

Die Folgen zeigen sich schnell. Investitionen brechen weg, weil politische Unsicherheit Gift für langfristige Projekte ist. Dass ausgerechnet eine Regierung, die Stabilität verspricht, ein solches Maß an Unberechenbarkeit in den Energiemarkt trägt, wirkt paradox – und wird international entsprechend wahrgenommen. Unternehmen wandern ab, weil sie nicht warten können, bis Deutschland erkennt, dass man mit fossilem Zögern kein wirtschaftliches Fundament für das 21. Jahrhundert baut. Währenddessen steigen die Strompreise, obwohl die Politik das Gegenteil versprochen hatte. Das ist die bittere Ironie dieses Szenarios: Die Maßnahmen, die eigentlich Bezahlbarkeit sichern sollten, führen geradewegs zu höheren Kosten. Denn wer weniger erneuerbare Energie baut, macht sich abhängig von importierten Rohstoffen – und damit verwundbar gegenüber globalen Krisen. Das ist keine Realpolitik, das ist energiepolitische Naivität.

Die Klimaziele, die Deutschland über Jahre mühsam errungen hat, geraten außer Reichweite. Wieder steigende Emissionen sind nicht nur ein politisches Scheitern, sondern ein moralisches. Deutschland verspielt die Glaubwürdigkeit, anderen Ländern ambitionierte Maßnahmen abzuverlangen, während man selbst leise zurückrudert. Klimapolitik wird zur Rhetorik, nicht zur Realität. Politisch wächst die Polarisie-

rung, weil die Regierung es nicht schafft, ein Zukunftsprojekt zu führen, das gesellschaftliche Breite braucht. Die Energiewende wird zur Arena, in der sich Frust, Ideologie und Angst überlagern. Aktivisten radikalisieren, Gegner radikalisieren ebenfalls – und die Regierung hält sich zurück, als sei eine gesplante Gesellschaft eine natürliche Begleiterscheinung moderner Politik.

Gleichzeitig entsteht ein industriepolitisches Vakuum. Länder, die die Energiewende ernst nehmen, sichern sich die Technologien von morgen. Deutschland dagegen steuert mit vollem Bewusstsein in eine Abhängigkeit von ausländischen Innovationen, weil man im eigenen Land die politische Zuversicht verloren hat. Das ist der strategische Kardinalfehler: Eine Industrienation kann sich technologische Zaghaftheit nicht leisten.

Am Ende dieses pessimistischen Szenarios steht ein Land, das seinen Handlungsspielraum selbst verkleinert hat – wirtschaftlich, geopolitisch, klimapolitisch. Nicht weil der Wandel zu schnell kam, sondern weil man ihn zu früh aus Angst und Opportunismus abgebremst hat.

Die vielleicht bitterste Erkenntnis aber ist: Der historische Moment zur echten Transformation war da. Er war greifbar. Doch er wurde durch einen politischen Kurswechsel verspielt, der das 20. Jahrhundert retten wollte und dabei das 21. gefährdete.



Atommüll-Zwischenlager in Ahaus

Fortsetzung von Seite 13:

der Veranstaltung sei gewesen, dass es ein reges Interesse von Kommunalvertreter:innen gab, die offenbar alle gewillt seien, wie die BI offensiv für die Sicherheit der Bevölkerung einzutreten.

Martin Donat: „Ein *Weiter So* in Gorleben für die nächsten 100 Jahre kann es nicht geben, am Ende geht es um die künftige Sicherheit für die Menschen in der Region. Die BGZ muss für sich klären, ob es nur um Akzeptanzbeschaffung und moderne Unternehmenskommunikation oder um die Sache geht.“

Der Moderator Jascha Rohr vom *Institut für Partizipatives Gestalten* hatte die Sicht der BI schon 2023 in einem Beitrag für das *Evolve-Magazin* auf den Punkt gebracht – nur dass der Auftakt der BGZ-Veranstaltung weit davon entfernt war. Rohr schrieb damals: „Daher sollte Partizipation genau anders herum funktionieren: Nicht Verwaltungen und Politik sollten Partizipation nutzen, um ihr System zu stabilisieren, sondern Partizipation sollte die Kultur sein, mit deren Hilfe wir unsere Verwaltungen modernisie-

ren, unsere Politik wieder näher an die Bürger:innen und ihre Belange bringen und mit der wir ermächtigende, lebendige Strukturen für unser Gemeinwesen schaffen.“

Übertragen auf die Probleme der verlängerten Zwischenlagerung treffe Rohr den Nagel auf den Kopf, merkt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke an.

► Erkauftes Wohlverhalten

Unterdessen versucht sich die große Politik eher darin, Zustimmung zu kaufen statt mit Bürger:innen zu argumentieren: Der CDU-/CSU-Fraktionsvorsitzende und Ahauser Bundestagsabgeordnete Jens Spahn hat bei den Verhandlungen zum Staatshaushalt durchsetzen können, dass eine der beiden Kommunen mit den ältesten Atommüll-Zwischenlagern ab 2026 höhere Ausgleichszahlungen erhält. Ahaus bekommt dann laut *Münsterland Zeitung* jährlich zwei Millionen von der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ).

„Statt Geld in die notwendige robuste Nachrüstung der alten La-

gerstätte zu stecken, soll offensichtlich der aufflammende Protest gegen ein *Weiter so* bei der Zwischenlagerung für die nächsten Jahrzehnte besänftigt werden“, kommentiert die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg dieses „vergiftete Angebot“.

Hintergrund: Die BGZ bereitet den Genehmigungsantrag für die weitere Zwischenlagerung in Ahaus vor, schon 2028 soll der Antrag gestellt werden, weil die Genehmigung 2036 ausläuft. Auslösender Faktor ist, dass sich die Suche nach einem Endlager deutlich länger hinzieht als ursprünglich geplant.

„Diese ‚Ausgleichszahlungen‘ an die Kommune erinnern an das dunkle Kapitel der Gorlebengelder, die übrigens bis heute in die Gemeindekassen in Gartow und Gorleben fließen“, so Sprecher Wolfgang Ehmke. Auf Nachfrage der BI wurde mitgeteilt, dass die von Jens Spahn in Aussicht gestellten Gelder ausschließlich nach Ahaus fließen, weil dort demnächst das radioaktive Inventar steige. Damit kann nur gemeint sein, dass Spahn schon mal davon ausgeht, dass die Jülich-Castoren letztlich in Ahaus eingelagert werden.



Das billigste Loch

Wo Deutschland seinen Problemmüll versenkt

In Tschechien hat die Atomindustrie strahlende Uranschlammteiche hinterlassen. Unternehmen verdienen gut daran: Sie stopfen die kontaminierten Löcher mit Müll, darunter Altreifen aus Deutschland und andere, teils giftige Abfälle. Von Marius Münstermann und Michael Billig von CORRECTIV

In der Abfallbranche gibt es eine Redensart: Müll sucht sich immer das billigste Loch. Und genau so ein Loch liegt mitten in Europa, hinter der bayerischen Grenze, am Rande des tschechischen Dorfes Mydlovary. Das Loch verströmt einen fauligen Gestank. Tote Birken ragen aus dem Wasser, dazwischen treiben Autoreifen und Schuhsohlen mit den Logos diverser Luxusmarken und der Aufschrift „made in Italy“. Am Ufer türmt sich eine Hügellandschaft in Grau und Schwarz auf – noch mehr Reifen und jede Menge anderer Gummireste. Solchen Müll auf Deponien zu ent-

sorgen, ist in Deutschland verboten. Doch eine exklusive Recherche von *CORRECTIV.Europe* zeigt: Entsorgungsfirmen aus Deutschland und weiteren europäischen Ländern liefern trotzdem teils giftige Abfälle über die Grenze. Von den Behörden – sowohl in Deutschland als auch in Tschechien – wird das Geschäft geduldet. Denn der Müll wird gebraucht, um ein noch größeres Problem verschwinden zu lassen.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten werden in Mydlovary Millionen Tonnen von Abfall versenkt – darunter auch jede Menge Müll aus

Deutschland, einem Land, in dem Mülltrennung und Recycling gesetzlich verankert sind. Mydlovary, so sagt es der Geschäftsführer eines deutschen Entsorgungsbetriebs gegenüber den Reportern, sei „das größte Loch“ für Müll in Europa. Ein anderer Abfallhändler berichtet: „Für mich ist Mydlovary ein Loch, wo jeglicher Mist reingeschmissen wird.“ Er erzählt, dass die Entsorgung deutscher Abfälle in Mydlovary in der Branche ein „offenes Geheimnis“ sei; „da hat jeder hin geliefert, zig Firmen.“ Seine Begründung: Den Müll in Mydlovary abzukippen ist schlicht viel billiger als die korrekte Verwertung in Deutschland. Diese Annahme bestätigen auch noch weitere Quellen gegenüber den Reportern. Ein Unternehmer spricht von 80 Prozent Ersparnis im Vergleich zur Entsorgung in Deutschland.

► „...tickende Zeitbombe“

Mehrere deutsche Entsorgungsfirmen, die *CORRECTIV.Europe* kontaktiert hat, räumen Lieferungen ein. Doch das sei lange her. Mittlerweile, so teilen sie mit, hätten sie diese Exporte eingestellt. Doch unsere Recherchen zeigen, dass das Geschäft auch im vergangenen Jahr noch gut lief. Auf dem Gelände in Mydlovary haben wir haufenweise Abfall entdeckt, der augenscheinlich aus Deutschland stammt, darunter auch Material mit dem Logo eines deutschen Reifenherstellers. Und auf einer Frachtenbörse im Internet haben wir verdächtige Exporte untersucht. Auf dieser Börse schreiben Speditionen Transportaufträge aus. Sie geben ein, wo die Fracht abgeholt und wo sie entladen werden soll. Allein zwischen Oktober und Dezember 2024 haben wir 119 gelistete Abfalltransporte aus nahezu allen Bundesländern Deutschlands dokumentiert. Ihr Ziel: Mydlovary oder eines der anderen Dörfer am Rande des Lochs. Ihre Ladung laut Frachtenbörse: „geschredderte

Altreifen“, „altes Gummi“, oder schlicht „Abfall lose“. Damit konfrontiert, winden sich einige der Firmen um klare Antworten, stattdessen verweist ein Subunternehmer auf den nächsten.

In Deutschland dürfen die meisten Abfallarten schon seit 2005 nicht mehr auf Deponien entsorgt werden. Denn Mülldeponien gefährden das Grundwasser und setzen das Treibhausgas Methan frei. Stattdessen gilt in Deutschland die Vorgabe, „Abfälle zu vermeiden und zu verwerten“. Ausgediente Reifen etwa müssen geschreddert und recycelt oder zur Energiegewinnung verbrannt werden. Ein Fall wie Mydlovary ist in dieser Verwertungslogik wohl nicht vorgesehen. Deutsche Behörden äußerten bereits vor Jahren erhebliche Bedenken an den Lieferungen nach Mydlovary: Sie seien „mit der europäischen Abfallhierarchie und dem Ziel einer schadlosen und hochwertigen Verwertung nicht vereinbar“, waren sich Vertreter von Bundes- und Landesbehörden schon bei einem Treffen 2016 einig. Wie kann es sein, dass trotzdem bis heute Mülltransporte über die Grenze nach Mydlovary rollen? Zur Wahrheit gehört auch, dass der tschechische Staat ein Interesse am Müll aus Deutschland hat. Denn mit Müll lassen sich Löcher stopfen. Und das Loch am Rande von Mydlovary strahlt eine besondere Gefahr aus.

► „Alles hier stirbt“

An einem sonnigen Apriltag parkt der Chemiker Jaroslav Švehla sein Auto vor einer Schranke. Der 62-Jährige kennt die Gegend seit seiner Kindheit, Südböhmen ist seine Heimat, berühmt für das gute Bier und die vielen Karpfenteiche. Weit weniger bekannt sind die kontaminierten Teiche, die wie eine offene Wunde in der malerischen Landschaft klaffen. Švehla, der inzwischen am *National Institut of Public Health* arbeitet,

ist zurückgekehrt, um uns diesen Ort zu zeigen. Rostgesprenkelte Schilder mit dem schwarzgelben Strahlenschutzsymbol warnen vor erhöhter Radioaktivität. Doch Švehla läuft unbeirrt los, vorbei an massiven Eisenrohren, die auf Betonfüßen über einen Deich verlaufen. Im Hintergrund wummert eine Pumpanlage. Jaroslav Švehla nähert sich dem Ufer, wo die Autoreifen und Schuhsohlen treiben. Er sagt: „Alles in diesem Wasser stirbt.“

► Uranaufbereitung auch für die alte Bunderrepublik

Als die Tschechische Republik noch Teil der früheren Tschechoslowakei war, wurde hier, am Rande des 300-Seelen-Dorfes Mydlovary, Uranerz für das sowjetische Atomprogramm aufbereitet. Über Jahrzehnte wurden Millionen Tonnen Gestein aus Uranminen herangekarrt.

Archivanfragen von *CORRECTIV.Europe* bei den zuständigen Bergbauämtern haben außerdem ergeben: In den 1980er Jahren wurde sogar aus Westdeutschland über den Eisernen Vorhang hinweg Uranerz zur Aufbereitung hierher geliefert – einige tausend Tonnen aus einer Mine im Schwarzwald und einem Erkundungsbergwerk in Oberfranken. In Mydlovary wurde das Uran mit Hilfe von Laugen und Säuren aus dem Gestein gelöst. Zurück blieben geschätzte 36 Millionen Kubikmeter Uranschlämme und Abwässer, im Bergbaujargon „tailings“ genannt. Damit flutete man alte Kohlegruben, manche bis zu 38 Meter tief. So entstand eine kontaminierte Teichlandschaft, die sich über eine Fläche von 285 Hektar erstreckt. Das sind ungefähr 400 Fußballfelder.

Wie aufwändig, langwierig und teuer die Sanierung solcher Hinterlassenschaften der Atomwirtschaft ist, weiß man auch in Sachsen und Thüringen. Seit der Wende kümmert sich dort die bun-

deseigene *Wismut GmbH* um das strahlende Erbe der DDR. Die Uranschlammbecken in Ostdeutschland werden nach Angaben der *Wismut* mit Abraum aus dem früheren Uranbergbau und Abrissmaterialien ehemaliger Betriebsgebäude abgedeckt. Die Verwendung von „nicht bergbaulichen Rückständen“ wie etwa Altreifen sei „rechtlich nicht gestattet“. Das Mammutprojekt Wismut-Sanierung wird voraussichtlich noch bis 2050 andauern und bis dahin schätzungsweise insgesamt rund neun Milliarden Euro Steuergeld kosten. Allein die Sanierung der Schlammteichbecken wird laut Wismut 1,2 Milliarden Euro kosten.

In Mydlovary hingegen entschied man sich für eine andere Methode – zu einem Preis von geschätzt 130 Millionen Euro, so der tschechische Staatsbetrieb *Diamo*. Er wurde beauftragt, den Uranmüll der Atomindustrie abzudecken – mit anderem Müll. Aus Sicht von *Diamo* ist das zulässig, weil der Müll auf diese Weise „verwertet“ und nicht „entsorgt“ werde. Insgesamt wurden die Uranschlammteiche von Mydlovary laut *Diamo* bislang mit rund 13 Millionen Tonnen Abfall verfüllt. Ein wohl beträchtlicher Teil dieser Abfälle stammt aus dem Ausland. Gummimüll aus Italien wird dort ebenso versenkt wie schwermetallbelastete Stahlwerks-Schlacke aus Österreich. Wie viel von all dem Müll aus Deutschland kam, kann die Betreiberfirma nicht sagen.

► „... goldene Nase verdient“

Die Abfallbranche hat die strahlende Altlast in ein Geschäftsmodell verwandelt. In Mydlovary wird zu Dumpingpreisen entsorgt, was in Deutschland sehr teuer ist. Ein Beispiel: Eine Werkstatt will alte Reifen loswerden. Sie gibt die Reifen an ein Entsorgungsunternehmen, das dafür bis zu 300 Euro pro Tonne kassiert. Um die Reifen legal in Deutschland verwerten zu können, muss wiederum der Entsorger zahlen. Selbst das Verbrennen von Reifen, etwa im Hochofen eines Zementwerks, kostet den Entsorger rund hundert Euro pro Tonne. In

Mydlovary hingegen werde man Reifen zu einem Bruchteil dessen los, so erzählen es uns verschiedene Akteure aus der Abfallbranche. Das steigert die Gewinnmargen. Einer von ihnen sagt: „Da haben sich manche eine goldene Nase verdient.“

„Und das gilt offiziell als Sanierung“, sagt Jaroslav Švehla kopfschüttelnd mit Blick auf die Müllmassen. Wenn Švehla das Wort „Sanierung“ benutzt, zeichnet er mit den Fingern Anführungszeichen in die Luft. „Niemand weiß genau, was hier alles entsorgt wurde“, sagt er. Nach unten hin habe man die Tailings nie abgedichtet, allein der lehmige Boden trennt die Schlammteiche vom Grundwasser. Švehla fürchtet, dass der Cocktail aus giftigem Müll und Uranrückständen in die Trinkwasserbrunnen der Bevölkerung sickern wird. Er warnt: „Das ist eine tickende Zeitbombe.“

Die tschechische Umweltschutzorganisation *Arnika* kritisierte bereits 2004, dass für die Sanierung der Uranschlammteiche auch Aschen aus Verbrennungsanlagen verwendet werden. Diese Aschen seien hochgiftig, unter anderem enthielten sie große Mengen an Dioxinen. Der damalige Bürgermeister von Mydlovary betonte: „Die Anwohner haben Angst vor einer weiteren Belastung der Umwelt. Wir sind bereits von genügend Giftstoffen umgeben.“ Und *Greenpeace* Tschechien stellte fest: „Die Betreiber von tschechischen Uranabfalldeponien versuchen oft, sich zusätzliche Einnahmen zu sichern, indem sie weitere gefährliche Abfälle importieren und dort abladen.“

► „Völlig ungeeignet“

Die Altlast in Tschechien beschäftigte sogar das deutsche *Umweltbundesamt* (UBA). Grund war eine Schätzung, wonach jedes Jahr rund 100 000 Tonnen Gipskartonplatten von Baustellen und Gebäudeabrissen aus Deutschland in Mydlovary entsorgt wurden. Der saugfähige Gips sollte die Uranschlämme binden. Das UBA kam in einer Studie von 2017 jedoch zu dem Ergebnis, Gips sei für die Stabilisierung der Uran-

schlämme „physikalisch-technisch völlig ungeeignet“. Er sei sogar eine Gefahr für die Gesundheit: Wenn Gips mit anderen Stoffen vermischt wird, kann Schwefelwasserstoff entstehen – ein Gas, so warnte das UBA, das „in geringen Konzentrationen zu Geruchsbeeinträchtigungen führt, in hohen Konzentrationen allerdings tödlich ist.“ Tatsächlich beschwerte sich die Bevölkerung in Mydlovary und anderen umliegenden Dörfern vor einigen Jahren wiederholt über einen Gestank wie von faulen Eiern, der von den Schlammteichen in ihre Häuser zog.

Auf Anfrage von *CORRECTIV.Europe* bestätigt der Staatsbetrieb *Diamo* Probleme durch den Einsatz von Gips, man verzichte inzwischen darauf. Gerne hätten wir uns von *Diamo* selbst die Sanierungsarbeiten zeigen lassen. Ein Interview oder eine Betriebsbesichtigung lehnte die Pressestelle jedoch ab.

► Spitze des Müllbergs

Bei unserer Recherche in den Müllbergen von Mydlovary haben wir neben unzähligen alten Reifen auch Schläuche und weitere Autoteile gefunden, außerdem zu dicken Klumpen geschmolzenes Gummi, in einigen Ecken auch Tartan-Bruchstücke wie von Sportplätzen und Reste von Kunstrasen. Liegt in Mydlovary Müll, der über die Frachtenbörse gehandelt wurde?

Unter den Expeditionen, deren Transportausschreibungen wir einsehen konnten, ist mindestens eine Firma, die sich auf das Recycling von Kunstrasen und Tartan spezialisiert hat. Diese Firma war am Rückbau des Kunstrasens beteiligt, der 2024 zur Fußball-Europameisterschaft auf der Berliner Fanmeile ausgelegt worden war. Auf Nachfrage bestätigt die Firma Transporte nach Mydlovary. Teile des Kunstrasens aus Berlin seien aber „definitiv“ nicht darunter gewesen.

Bei den Transporten, die auf der Frachtenbörse ausgeschrieben werden, dürfte es sich nur um die Spitze des Müllbergs handeln: Eine einzige Entsorgungsfirma aus



Sachsen-Anhalt hat allein im Jahr 2022 rund 5600 Tonnen Gummiafall nach Tschechien exportiert, wie die zuständige Landesbehörde auf Anfrage angibt. Abnehmer war eine tschechische Firma, die im Auftrag von *Diamo* auch die Teiche in Mydlovary verfüllt. Häufig wissen deutsche Umweltkontrolleure jedoch nicht einmal, wie viel exportiert wird. Das UBA erklärt auf Nachfrage: „Gipskartonplatten aus dem Gebäudeabbruch und Altreifen unterliegen nicht der besonderen abfallrechtlichen Überwachung. Somit liegen zur grenzüberschreitenden Verbringung auch keine Mengenangaben vor.“

► Mittlerweile Skrupel

Zumindest einige Firmen haben inzwischen Skrupel, ihren Müll dorthin zu liefern: So hat der Reifen-Konzern *Continental* nach eigenen Angaben seinen Geschäftspartnern diesen Entsorgungsweg seit 2020 „ausdrücklich“ untersagt. Man bewerte das Sanierungsprojekt in Mydlovary als „deponieähnliche Verfüllung“. Deswegen will der Konzern nicht, dass seine Abfälle dort landen. *Continental* habe den „An-

spruch, die Abfallhierarchie des deutschen Kreislaufwirtschaftsgesetzes konsequent umzusetzen – mit klarer Priorität für Vermeidung, Wiederverwendung und hochwertige Verwertung vor Beseitigung“, so ein Sprecher des Konzerns auf Anfrage von *CORRECTIV.Europe*. Der Weg nach Tschechien entspreche nicht diesen Anforderungen.

Zwar finden wir in den Müllbergen von Mydlovary Abfälle mit dem Aufdruck des Reifenherstellers, außerdem ein Produktblatt von *Matador*, einer Marke von *Continental*. Doch als Hersteller habe man „keine direkte Kontrolle über die Entsorgungswege von Altreifen oder anderen Materialien, die über externe Werkstätten, Reifenhändler oder Sammelsysteme in Umlauf gebracht werden“, erklärt der Sprecher des Unternehmens. *Continental* nähme „solche Hinweise sehr ernst“, der Konzern habe eine interne Prüfung eingeleitet.

► Illegale Deponierung

Sogar eine deutsche Behörde teilt die Einschätzung von *Continental*: Das bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) hat die Entsor-

gung von Altreifen in Mydlovary „als Beseitigung eingestuft“, also Deponierung, die letzte Stufe der Abfallhierarchie und damit nach deutschem Recht illegal. Doch offenbar kann das LfU nichts dagegen ausrichten. Zuständig sind jedenfalls andere. In Bayern etwa die Regierungsbezirke, in Tschechien unter anderem das Umweltministerium und die nationale Umweltbehörde. Sie alle lassen die Exporteure gewähren.

Noch. Irgendwann in diesem Jahr nämlich soll auch der letzte Uranschlammteich in Mydlovary verfüllt worden sein. Nach über zwanzig Jahren und Millionen Tonnen Müll wird bald im wortwörtlichen Sinne Gras über diese fast vergessene Altlast der Atomindustrie wachsen. Über das, was der Wissenschaftler Švehla eine tickende Zeitbombe nennt. Die Müllmassen, die bislang in Mydlovary entsorgt wurden, werden wohl weiterhin anfallen. Die Müllschieber aus Deutschland werden sich dann das nächste Loch suchen müssen.



Große Erwartungen Kleines Ergebnis

Die Weltklimakonferenz

COP30 ist mit großen Hoffnungen gestartet – und mit deutlich gedämpfter Bilanz zu Ende gegangen. Die Verhandlungen zeigten erneut, wie stark geopolitische Interessen und fossile Lobbystrukturen die internationale Klimapolitik prägen.

Mehrere öl- und gasexportierende Staaten, darunter Saudi-Arabien und Russland, verhinderten gemeinsam mit weiteren Verbündeten klare Beschlüsse zu einem beschleunigten Ausstieg aus fossilen Energien. Auch die USA, die nicht direkt am Verhandlungstisch beteiligt waren, übten im Vorfeld Druck auf kleinere Staaten aus und beeinflussten damit die Positionierungen. Das Ergebnis bleibt hinter den Anforderungen zurück, die angesichts der fortschreitenden Klimakrise notwendig wären.

Besondere Ernüchterung löst aus, dass die Konferenz keinen verbindlichen Aktionsplan zum Waldschutz verabschiedete – trotz ihres Austragungsorts im Amazonasgebiet, einem der sensibelsten globalen Klima-Kipppunkte. Die internationale Gemeinschaft konnte sich nicht auf ein Ziel zur Beendigung der Entwaldung bis

2030 einigen. Für die brasilianische Präsidentschaft markiert dies einen diplomatischen Rückschlag.

Auch die Europäische Union fand nicht die erwartete Führungsrolle. Die späte Einigung auf ein neues EU-Klimaziel erschwerte den Aufbau ambitionierter Bündnisse, und zusätzliche finanzielle Zusagen blieben aus. Der europäische Einsatz für einen schnelleren Ausstieg aus fossilen Energien blieb dadurch ohne ausreichende Dynamik.

Deutschland stand in Belém zudem politisch unter Beobachtung. Der Auftritt von Bundeskanzler Friedrich Merz führte zu diplomatischen Irritationen, die Umweltminister Carsten Schneider im weiteren Verlauf zu glätten versuchte. Trotz seines sachlichen und konstruktiven Vorgehens bleibt die deutsche Klimapolitik von offenen Grundsatzfragen geprägt: Investitionen in fossiles Gas, Unklarheiten in der Förderung von Wärmepumpen und die stockende Transformation im Mobilitätssektor haben das Land international zurückgeworfen. Für eine Rückkehr auf einen 1,5-Grad-Pfad ist ein verlässlicher klima-

und wirtschaftspolitischer Rahmen erforderlich.

Trotz der insgesamt schwachen Ergebnisse gab es auch positive Signale. Die Zusammenarbeit mit indigenen Gemeinschaften wurde gestärkt, unter anderem durch die Anerkennung von Landrechten, gezielte Förderprogramme und den geplanten Tropenwaldfonds. Diese Schritte könnten langfristig zur Verbesserung des Regenwaldschutzes beitragen.

Gleichzeitig wächst der gesellschaftliche Druck auf Regierungen und Unternehmen. Die Klimabewegung zeigte in Belém wieder stärkere Präsenz und fordert verstärkt politische Maßnahmen. Angesichts zunehmender Extremwetterereignisse rückt der Handlungsbedarf weiter in den Vordergrund.

Die COP30 verdeutlicht damit erneut: Die internationale Klimapolitik bewegt sich – aber sie bewegt sich zu langsam, um den globalen Herausforderungen gerecht zu werden.

Quellen
tagesschau
Greenpeace
BUND



United Nations
Climate Change

Action

Marrakech
Partnership



Hoffnung im Desaster

Ein Kommentar von Achim Oerter
von der Klimaaktionsgruppe Hitzacker

Indigene Frauen aus aller Welt treffen und vernetzen sich. Sie sind die Schützerinnen des Waldes und der verbleibenden Biodiversität, die nach UN-Angaben zu 80 Prozent auf indigenen Territorien liegt. Sie stärken sich und ihren Einfluss und entwickeln Lösungen für die ökologischen Krisen, von denen sie ganz besonders betroffen sind. Sie sind ein Beispiel von Hoffnung auf der Weltklimakonferenz, der COP30, die im November im brasilianischen Belém stattfand. So konnten Indigene sich und ihre Anliegen sichtbar machen und einige Zusagen zum Schutz des Regenwaldes erwirken.

Insgesamt ist die Bilanz der offiziellen Konferenz aber ein Desaster. Der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen, der ein Hauptanliegen des Klimaschutzes ist, wird in der Abschlusserklärung nicht einmal erwähnt. Zehn Jahre nach dem Pariser Klimaabkommen steigen die weltweiten Treibhausgasemissionen weiter an. Emissionen, die für Tausende von Jahren in der Atmosphäre verbleiben. Da stellt sich die Frage nach dem Nutzen der Weltklimakonferenzen. Während fast täglich irgendwo auf der Welt Autos durch überflutete Gassen gespült werden, Stürme bisher ungekannte Zerstörungskraft entfalten wie zuletzt unter anderem auf den Philippinen, Jamaika und in Alaska, gehen die Bemühungen um eine Begrenzung des Temperaturanstiegs zumindest noch auf

weniger als 2 Grad schleppend und mit zahlreichen Rückschlägen voran. Megastädte wie Teheran und Neu Delhi stehen wegen extremer Dürre und Hitze bereits am Rande der Unbewohnbarkeit. Dabei tragen die am meisten geschädigten Regionen nur einen geringen Teil zur Erderhitzung bei. Hauptverantwortliche wie Deutschland, das historisch für ca. ein Viertel der Klimagasemissionen verantwortlich ist, stellen sich nicht ihrer Verantwortung. Erst recht nicht die USA, die das Pariser Klimaabkommen aufgekündigt haben.

Deutschland, das sich immer gerne als vermeintlicher Vorreiter im Klimaschutz dargestellt hat, rutscht im Ranking für Klimaschutzpolitik gleich um sechs Plätze abwärts auf Rang 22. Allein zehn EU-Staaten machen es demnach besser als die schwarzrote Regierung. Während der laufenden COP30 in Belém beschließt die Bundesregierung, Flüge um jährlich 350 Millionen Euro durch Steuererleichterungen zu subventionieren, wohingegen das Bahnfahren verteuert wurde.

Immernoch werden in vielen Ländern Wälder vernichtet, hauptsächlich für Futtermittelgewinnung für die Massentierhaltung, und weitere Abholungen sind geplant. Dass diesem Trend gigantische Aufforstungspläne entgegenstehen wirkt grotesk, brauchen Wälder doch Jahrzehnte, um

ihre Auffangfunktion von Kohlendioxid zu erreichen, Zeit, die wir nicht mehr haben.

Ein Hoffnungsschimmer ist, dass sich auf der COP Koalitionen der Willigen gebildet haben und eine Debatte über Kompensationszahlungen an die Länder des Südens größeren Raum einnimmt als zuvor. Auch die Bedeutung des Regenwaldes, insbesondere am Amazonas, scheint mehr Niederschlag in den Diskussionen zu finden und in Ankündigungen erheblicher Investitionen in dessen Erhalt zu münden.

Letztlich kann nur Widerstand aus der Bevölkerung gegen naturfeindliche Politik dafür sorgen, dass die auf den COPs beschlossenen Ziele in den einzelnen Ländern sich auch in einer entsprechenden Regierungspolitik niederschlagen. Einen Moment entschlossenen Widerstands gab es auf der COP30 selbst, als Demonstrierende in indigener Kleidung und mit der Parole „Unsere Wälder stehen nicht zum Verkauf“ in die geschlossene Vorhalle der Konferenz eindrangen. Diese Bilder gingen um die ganze Welt. Uns bleibt auch hier im Wendland die Aufgabe, die Bewegung für eine naturregenerative Lebens- und Wirtschaftsweise zu sammeln und zu stärken. Die Krise selbst wird ökologische Themen und Verteilungsfragen längerfristig wieder unübersehbar in den Fokus rücken. Darauf müssen wir vorbereitet sein!



Windkraft für Wasser

Das ikonische Windrad des Hüttendorfs 1004 war ursprünglich für ganz andere Zwecke aufgestellt worden

Kurz nachdem der große Waldbrand zwischen Trebel und Gorleben 16 Quadratkilometer verbrannte Erde hinterlassen hatte, machten sich Aktivisten daran, das Gelände wieder aufzuforsten. Mehrere Frühjahrse hintereinander bepflanzte die *Gruppe Platz* gemeinsam mit Atomkraftgegner:innen unter anderem aus Göttingen, Bremen, Braunschweig und Berlin das Areal mit jungen Bäumen. Wie aber sollten die Setzlinge in dem trockenen Sandboden anwachsen und gedeihen?

Die Lösung brachten Mitglieder einer frisch gegründeten Windmühlenmanufaktur aus Berlin-Kreuzberg mit: Pläne und ausreichend technisches Knowhow für ein Windrad nach dem Vorbild amerikanischer Windturbinen. Mit 24 gewölbten Rotorblättern sollte es für eine regelmäßige Bewässerung sorgen. Zwar gehört das Wendland eher zu den windarmen Gegenden Deutschlands, aber sogenannte Langsamläufer, wie man sie aus amerikanischen Filmen kennt, beginnen sich schon bei Windstärke 1 zu drehen. Zusammen mit einer entsprechenden Pumpe sollte die Förderleistung später bei über 9 Kubikmetern Wasser pro Tag liegen.

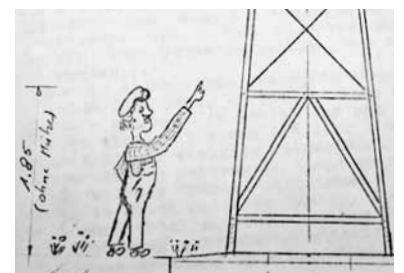
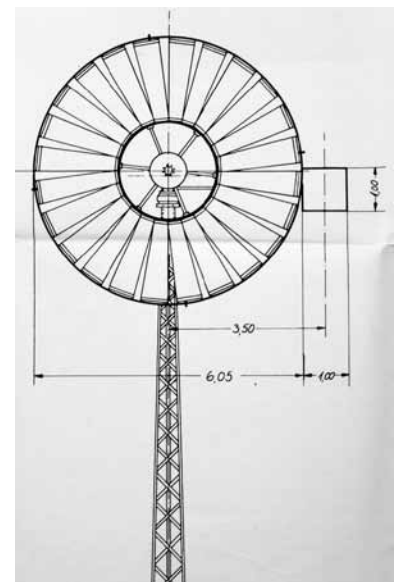
Monat für Monat traf sich eine Gruppe aus Ingenieuren und Ingenieurstudent:innen bei Karin Berger und Eddi Bode in Großwitzetze. Zur *Gruppe Platz* gehörten damals unter anderem Wolfgang Eisenberg, Werner Richter und Ekkehard Witt. Planerische Hilfe kam vom damaligen Bauamtsleiter August Quis, sicher einem heimlichen Sympathisanten, denn er versorgte die Gruppe mit der nützlichen Information, dass Wasserversorgungsanlagen bis zu einer Höhe von zwölf Metern keine Baugenehmigung brauchten. Eine Vorgabe, an die sich die Pläne ohne Abstriche anpassen ließen.

Bemerkenswert ist, dass das Projekt fast ausschließlich aus Altmaterialien und Schrottteilen realisiert wurde: Die gebrauchte Pumpe kam von den Berliner Wasserwerken, die vier Lager des Windrades stammten aus einem ausrangierten U-Bahn-Wagen der Berliner BVG. Und zur Herstellung komplizierter Teile stellte die *TU Berlin* ihre Maschinen zur Verfügung. „Ohne die Unterstützung dieser Institutionen wären wir aufgeschmissen gewesen“, schreibt die Gruppe in ihrer hektografierten (!) *Broschüre zum Gorleben-Windrad*.

Nach viel Planung und unbezahlter Handarbeit sowie rund 6000 Mark Gesamtkosten konnte die Anlage im Herbst 1979 aufgestellt werden. Etliche Freiwillige und ein Trecker leisteten Hilfeleistung. Mit der Errichtung des Windrades war es aber nicht getan. Um das weitläufige Bewässerungssystem zu verlegen, konnte die Gruppe auch noch ein Workcamp mit mehr als 20 Leuten organisieren. Über fließend Wasser durften sich im Mai 1980 auch die Bewohner:innen der *Republik Freies Wendland* freuen: Bis zur Räumung lieferte das Windrad 33 Tage lang Wasser ins Hüttendorf. Etliche Jahre später wurde das Windrad von Unbekannten umgesägt – zu einem Zeitpunkt, als die Bäume zum Glück schon gut verwurzelt waren.

„Dorf und Turm könnt ihr zerstören, aber nicht unsere Kraft, die es schuf!“ hieß es nach der Räumung des Dorfes 1004.

Dieser Satz lässt sich auch auf die Aktiven und ihr Windrad anwenden. Wer sich heute auf die Suche nach den Überresten macht, wird kaum fündig werden. Sie sind in einem dichten Wald verschwunden.



Konstruktionszeichnung für das Windrad – mit Maßstab: 1,85 (ohne Mütze)



Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow

Mo – Mi: 10 – 15 Uhr • Do: 12 – 18 Uhr • Fr: geschlossen

☎ 05841 - 4684

buero@bi-luechow-dannenberg.de

www.bi-luechow-dannenberg.de



Neujahrstreffen der BI Umweltschutz Umtrunk und Ausblick ins neue Widerstandsjahr

Donnerstag
1. Januar 2026, 14 Uhr
Beluga-Dreieck
Atomanlagen Gorleben

Name Vorname
Straße Hausnummer
PLZ, Ort E-Mail
Datum Unterschrift

☐ Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

☐ Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (4 x im Jahr) und weiteres Infomaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

☐ Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

☐ einmalig EUR

☐ monatlich EUR

Kontoinhaber Name der Bank

BIC IBAN

☐ Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an die oben genannte Adresse schicken.